

Thema

Streit um Bundesgelder

Innovation statt Subvention

Berggebiete brauchen nicht mehr Geld aus Bern, sondern neue Einnahmequellen. Wie die Denkfabrik Avenir Suisse die Zukunft der Gebirgskantone sieht.

Janine Hosp

Es ist ein heisses Eisen, das der liberale Thinktank in seiner neusten Studie aufgreift: die wirtschaftliche Zukunft der Berggebiete. Oder wie es Avenir Suisse umschreibt: «Strategien zur Erschliessung neuer Wertschöpfungsquellen». Als der Präsident von Hotelleriesuisse vor Monaten forderte, dass nur noch alpine Zentren gefördert und entlegene Berggebiete sich selber überlassen werden, war die Entrüstung gross. Die Studie von Avenir Suisse zielt genau in dieselbe Richtung: «Wenn entlegene Gebiete schrumpfen, soll die öffentliche Hand nicht blindlings dagegen ansubventionieren», sagte Autor Daniel Müller-Jentsch an der gestrigen Präsentation. Dann sei es vielmehr Zeit für einen «geordneten Rückzug».

In der Studie zeigt Avenir Suisse auf, was zu tun ist, damit es erst gar nicht so weit kommt: Die Berggebiete brauchen nicht zusätzliche Subventionen, sondern sollen sich neue Quellen der Wertschöpfung erschliessen. «Die Subventionen müssen sinnvoller eingesetzt und nicht erhöht werden», sagte Müller-Jentsch. In den vergangenen Jahren seien Prestigebauten mit fragwürdigem Kosten-Nutzen-Verhältnis erstellt worden. Er erwähnte etwa die «Ortsumfahrungen der Extraklasse» von Klosters, Saas und Küblis, die 750 Millionen Franken kosteten. «Man hätte sie viel günstiger erstellen und dafür die Churer Hochschule für Technik und Wirtschaft ausbauen können.» Eine starke Hochschule kann dazu beitragen, dass weniger Talente nach Zürich abwandern.

Nicht auf Winterspiele setzen

Nicht viel geeigneter als solche Subventionen erachtet Avenir Suisse Grossanlässe wie Olympische Winterspiele. «Wir sehen ihren Wert. Aber es wäre falsch, darauf zu setzen, dass man alle paar Jahre solche Anlässe durchführen kann», sagte Direktor Peter Grünenfelder. Letztlich müsse es immer darum gehen, die Strukturen zu reformieren und zukunftsfähig zu machen.

Avenir Suisse setzt vor allem auf die Kraft des freien Marktes. Gerade im Tourismus, der für die Berggebiete so wichtig sei, müsse der Markt bereinigt werden, damit kleine Betriebe, die nicht überlebensfähig seien, grösseren Platz machten. Auch solle der Bund den Agrarhandel liberalisieren, damit die ho-



Teurer Infrastrukturbau: Arbeiten am Tunnel Visp für die Realisierung der A9. Foto: Olivier Maire (Keystone)

Avenir Suisse setzt vor allem auf die Kraft des freien Marktes.

hen Preise, unter denen der Tourismus leide, sanken. Avenir Suisse sieht aber auch Potenzial für sogenannte potenzialarme Räume. Die Bevölkerung könnte die Digitalisierung nutzen, um im Internet regionale Produkte zu vertreiben oder von zu Hause aus zu arbeiten. Und manchmal sei die Abgeschiedenheit wie etwa bei einer Burn-out-Klinik auch ein Standortvorteil.

Nach Ansicht des Studienautors nutzen die Bergkantone das Potenzial der Zweitwohnungsbesitzer viel zu wenig. Er rechnet mit gegen 400 000 Ferien-

wohnungen. «Das heisst, eine Million Personen sind emotional mit der Region verbunden.» Die Gemeinden müssten sie viel stärker einbinden, etwa in einem Rat der Zweitwohnungsbesitzer, den sie konsultieren könnten. Schliesslich handle es sich bei diesen oft um gut ausgebildete, gut vernetzte und gut verdienende Personen.

Trotz der zum Teil provokativen Forderungen reagieren Vertreter der Bergkantone gelassen: «Gut, wird über dieses Thema diskutiert», sagen Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, und Fadri Ramming, Generalsekretär der Regierungskonferenz der Gebirgskantone. «Es hat keinen Sinn, die Augen vor der Realität zu verschliessen.» Die Regierungskonferenz will dort ansetzen, wo sie und die Zürcher Handlungsbedarf sehen und etwa die alpinen Zentren stärken. «Die Bewohner aus den Tälern finden dort ein

Auskommen und müssen nicht wegziehen.» Ramming findet den Begriff des «geordneten Rückzugs» allerdings unglücklich gewählt: Es gehe nicht darum, sich zurückzuziehen, sondern einen minimalen Service public zu sichern. Allerdings seien nicht alle Vorschläge realistisch: «Manchmal sind es gute Ideen. Aber aus Erfahrung müssen wir sagen: Umsetzen lassen sie sich nicht.»

«Plakative Beispiele»

Thomas Egger sieht wie Avenir Suisse ein grosses Potenzial in den Zweitwohnungsbesitzern, die eine andere Sicht einbringen und Unternehmen gründen. Egger ist jedoch anders als der Studienautor der Ansicht, dass der freie Markt nicht alles regelt: «Wenn wir den Agrarhandel liberalisieren, haben wir zwar tiefere Preise, aber keine Bergbauern mehr.» Auch widerspreche sich der Autor, wenn er die Infrastruk-

turen in entlegenen Gebieten nicht ausbauen wolle, aber glaube, dass die Bewohner von der Digitalisierung profitieren könnten.

Ganz schlecht kommen die «sehr plakativen Beispiele» zu den Infrastrukturbauten an. Avenir Suisse würde daraus einen falschen Schluss ziehen, sagt Ramming. Wenn der Kanton einen Tunnel günstiger bauen würde, könne er das gesparte Geld nicht behalten und seine Hochschule ausbauen. Deshalb werde nicht günstiger gebaut. «Dafür sind aber falsche Anreizmechanismen des Bundes und nicht die Kantone verantwortlich.» Und Egger, der gebürtige Walliser, sagt: «Nur zweispurige Strassen lösen unsere Verkehrsprobleme nicht. Wir sind nicht Bürger zweiter Klasse.» Aber immerhin: Avenir Suisse habe dazugelernt und habe anders als vor zehn Jahren konstruktive Ideen, findet Ramming. Da wolle man ansetzen.

Misstöne begleiten den Verteilungskampf um die Milliarden des Bundes

Der Bund hilft nicht allen Agglomerationen gleich stark, deren Verkehrsprobleme zu lindern. Das weckt Unmut. Nun beginnt das Ringen um die Bundesgelder neu.

Stefan Häne

Die Wunschliste ist lang - und teuer. Bis Ende des letzten Jahres haben Kantone, Städte und Gemeinden beim Bund 37 Agglomerationsprogramme der sogenannten dritten Generation eingereicht. Der Bund, hoffen sie, werde sich an den veranschlagten Gesamtkosten von 12,7 Milliarden Franken beteiligen und so mithelfen, die ihrer Ansicht nach dringlichen Strassen-, ÖV- und Langsamverkehrsprojekte umzusetzen.

Wie gross der Investitionsbedarf ist, zeigt ein Vergleich: Für die Agglomerationsprogramme der ersten und zweiten Generation stehen 6 Milliarden Franken zur Verfügung; davon hat der Bund bislang 5,77 gesprochen. Für die Programme der dritten Generation verbleiben damit 230 Millionen Franken. Es

braucht folglich zusätzliches Geld. Die Voraussetzung dafür schaffe der Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF), sagen dessen Promotoren. Die NAF-Gegner indes vertrauen darauf, dass das Parlament die Agglomerationsprogramme weiter unterstützt, sollte der NAF am Sonntag an der Urne scheitern.

Basel geht in die Offensive

Unbesehen vom Ausgang der Abstimmung buhlen die Bittsteller jetzt schon um die Bundesgelder, so etwa Basel-Stadt. «Wir haben in der trinationalen Agglomeration Basel klaren Nachholbedarf gegenüber anderen Agglomerationen», sagt der zuständige Regierungsrat Hans-Peter Wessels (SP).

Der Bund trägt 30 bis 50 Prozent der Kosten der Projekte. Wie er die Gelder für die Programme der ersten und zweiten Generation an die 41 Agglomerationen bisher verteilt hat, zeigt eine Auswertung, welche der Städteverband im letzten August publiziert hat. So hat der Bund Basel pro Kopf mit total 174 Franken alimentiert. Von den grossen Agglomerationen hat damit nur Zürich (114) weniger erhalten. Auch mittelgrosse und kleine Agglomerationen sind teils deut-

lich besser gefahren. Über den grössten Geldsegen unter den grossen Agglomerationen durfte sich Bern (621) freuen. Bevorzugt der Bund Bern? Die Berner Regierungsrätin und Verkehrsdirektorin Barbara Egger-Jenzer (SP) verneint: «Das Agglomerationsprogramm Bern hat bisher viele Bundesgelder erhalten, weil in Bern der verkehrliche Handlungsbedarf gross ist.» Zudem habe der Kanton Bern bei der Planung seiner Verkehrsvorhaben sehr gut gearbeitet.

Auch das federführende Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) relativiert: Der angestellte Vergleich greife zu kurz, weil er die sogenannten dringlichen Projekte nicht enthalte, die ebenfalls aus dem 6-Milliarden-Topf finanziert worden seien. Basel etwa habe so 138 Millionen Franken mehr erhalten, Zürich eine Milliarde, unter anderem durch den Bau der Durchmesserlinie. Dies erhöhe folglich die Pro-Kopf-Beiträge. Um wie viel, ist jedoch unklar. Laut ARE bräuchte es dazu eine weitere Auswertung.

So oder so stellt sich die Frage, ob Zürich wie Basel auf grosszügigere Bundesbeiträge pochen wird? Die federführende Regierungsrätin Carmen Walker Späh (FDP) antwortet darauf nicht. Sie

sagt nur, die Agglomerationsprogramme seien ganzheitlich betrachtet eine Erfolgsgeschichte für den Kanton Zürich. Ihre Zurückhaltung könnte taktisch begründet sein, denn letztlich ist es das Parlament, welches das Geld für die Projekte spricht. Ein forsches Auftreten könnte da den Anti-Zürich-Reflex befeuern und somit kontraproduktiv wirken.

Das Parlament wird über die Programme der dritten Generation voraussichtlich 2019 entscheiden. Vorgängig prüft das ARE die Programme aufgrund genau definierter objektiver Kriterien. Dazu gehört etwa die Frage, ob der Antragsteller die Notwendigkeit der Massnahmen glaubwürdig darlegen und dessen Umsetzung sicherstellen kann. In einer zweiten Phase untersucht das ARE, ob die Massnahmen die Qualität des Verkehrssystems verbessern, die Siedlungsentwicklung nach innen fördern, die Verkehrssicherheit erhöhen sowie die Umweltbelastung vermindern.

Die Chancen, mit einem Programm durchzukommen, sind bis jetzt gut gewesen. Bei der ersten und zweiten Generation hat das Parlament von den 71 eingereichten Anträgen 64 bewilligt, also nur jedes zehnte Programm abgelehnt.

So viel hat der Bund den Agglomerationen bezahlt

Programme der 1. und 2. Generation, Total-Beitrag pro Kopf, in Franken

Grosse Agglomerationen (alle)	Beitrag pro Kopf
Bern	621
Lausanne	490,5
Genf	354
Basel	174
Zürich	114

Mittlere Agglomerationen (Top 5)

Winterthur	739
Sitten	442
Schaffhausen	425
Zug	361,5
St. Gallen ^{*)}	355,5

Kleine Agglomerationen (Top 5)

Langenthal	776
Yverdon	394
Brig-Visp-Naters	346
Bulle	305
Frauenfeld	274,5

St. Gallen^{*)}-Arbon-Rohrschach

TA-Grafik ib/Quelle: Städteverband, TA-Berechnung